

Presse- mitteilung

Hausanschrift
Postanschrift
Telefon
Fax
E-MAIL
Homepage

Robert-Schuman-Platz 3, 53175 Bonn
Postfach 201264, 53142 Bonn
0228 107-2831
0228 107-2982
pr@bibb.de
www.bibb.de

27. April 2016
22/2016

Bekanntnis zu einem qualitativ hochwertigen dualen Ausbildungssystem

BIBB-Hauptausschuss beschließt gemeinsame Stellungnahme zum Berufsbildungsbericht 2016

Der **Hauptausschuss des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB)** hat auf seiner Sitzung am 10. März in Bonn den vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) vorgelegten Entwurf des Berufsbildungsberichts 2016 beraten und einstimmig eine gemeinsame Stellungnahme zum Entwurf dieses Berichts verabschiedet.

Der Berufsbildungsbericht 2016 wurde heute im Anschluss an die Beratung im Bundeskabinett veröffentlicht (www.bmbf.de/de/berufsbildungsbericht.php). Der auch als „Parlament der Berufsbildung“ bezeichnete BIBB-Hauptausschuss hatte seinerzeit beschlossen, seine Stellungnahme parallel zum Erscheinen des Berufsbildungsberichts zu veröffentlichen.

Der BIBB-Hauptausschuss hat die gesetzliche Aufgabe, die Bundesregierung in grundsätzlichen Fragen der Berufsbildung zu beraten. Dazu gehört laut Berufsbildungsgesetz (BBiG) auch die Stellungnahme zum Entwurf des jährlichen Berufsbildungsberichts. Der Hauptausschuss ist zu gleichen Teilen mit Vertretern von Bund, Ländern sowie Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen besetzt.

Die Stellungnahme des BIBB-Hauptausschusses zum Berufsbildungsbericht 2016 im Wortlaut:

Bei Abdruck Belegexemplar erbeten.

Stellungnahme des Hauptausschusses des Bundesinstituts für Berufsbildung zum Entwurf des Berufsbildungsberichts 2016 der Bundesregierung

Duale Berufsausbildung – Garant für Beschäftigungsfähigkeit und Karrierechancen

Der Hauptausschuss des Bundesinstituts für Berufsbildung dankt der Bundesregierung und dem Bundesinstitut für Berufsbildung für die Erstellung des Berufsbildungsberichts 2016, der – in Anknüpfung an die Berichte der Vorjahre – erneut einen guten Überblick über die bildungspolitischen Ansätze und Prioritäten der Bundesregierung gibt. Die Mitglieder des Hauptausschusses begrüßen es, dass im Berufsbildungsbericht neben benachteiligten jungen Menschen explizit auf junge Geflüchtete bezüglich der Berufsausbildung und auf die gemeinsame Allianz für Aus- und Weiterbildung eingegangen wird.

Das System der dualen Berufsausbildung in Deutschland lebt vom Engagement der Wirtschaft, der Gewerkschaften, des Bundes und der Länder. Die gemeinsame Verantwortung für die Berufsausbildung ist im Berufsbildungsgesetz und im Betriebsverfassungsgesetz verankert. Durch diese gelebte Partnerschaft kann es einen fairen Interessenausgleich zwischen den Wünschen der einzelnen Betriebe, den Bedarfen ganzer Branchen und den Interessen der Jugendlichen und jungen Erwachsenen geben.

Die berufliche Bildung in Deutschland bietet den jungen Menschen eine breit angelegte hochwertige berufliche Qualifikation und sichert den Unternehmen einen hervorragenden Fachkräftenachwuchs. Sie kann durch die unmittelbare Nähe zur betrieblichen Praxis den Jugendlichen und jungen Erwachsenen gute Voraussetzungen für den Übergang ins Arbeitsleben und über die berufliche Aufstiegsfortbildung vielfältige Karriere- und persönliche Entwicklungschancen bieten. Gut ausgebildete Fachkräfte bleiben das Rückgrat der deutschen Wirtschaft. Die duale Berufsausbildung in Deutschland ist zudem ein wesentlicher Faktor für die im Vergleich zu anderen Staaten Europas niedrige Jugendarbeitslosigkeit.

In Deutschland ist die duale Berufsausbildung kein rein staatliches System, welches allein über den Bundeshaushalt und die Länderhaushalte finanziert wird. Vielmehr investieren die Ausbildungsbetriebe selbst in Form von Ausbildungsvergütungen, Personalkosten für Ausbildungspersonal und Sachmittel jährlich rund 26 Mrd. Euro in die Ausbildung ihres Fachkräftenachwuchses. Nach Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung verbleiben nach Abzug der durch die Auszubildenden erwirtschafteten Erträge 7,7 Mrd. Euro an Nettoausbildungskosten bei den Betrieben.

Die Länder und Kommunen tragen insbesondere aufgrund ihrer Zuständigkeit für die beruflichen Schulen einen erheblichen Kostenanteil. Pro Auszubildendem an berufsbildenden Schulen im dualen System gaben die öffentlichen Haushalte beispielsweise im Jahr 2012 2.700 Euro aus. Bei rund 1,5 Mio. Schülerinnen und Schülern in Teilzeitberufsschulen ergibt dies allein für diesen Bereich der berufsbildenden Schulen rund 4 Mrd. Euro. Darüber hinaus stärken sie die berufliche Bildung durch eine Vielzahl von landesspezifischen Fördermaßnahmen.

Auch wenn die im Folgenden dargestellten Eckdaten für 2015 insgesamt ein positives Bild zeigen, gibt es dennoch aktuelle und künftige Herausforderungen, denen sich alle Akteure der beruflichen Bildung gemeinsam stellen wollen, auch um die hohe Attraktivität der dualen Berufsausbildung weiter zu unterstützen und zu festigen:

- Die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber (rd. 549.000) ist um rd. 10.000 (1,8 Prozent) im Vergleich zum Vorjahr gesunken. In den vergangenen zehn Jahren ist die Bewerberzahl um über 100.000 Personen gesunken. Dies ist insbesondere auf die sinkende Anzahl der

Schulabsolventen von Haupt- und Realschulen zurückzuführen, die die meisten Auszubildenden im dualen System stellen. Die Anzahl der Studienberechtigten, die eine duale Ausbildung begonnen haben, ist dagegen leicht steigend.

- Die Zahl der abgeschlossenen neuen Ausbildungsverträge ist mit 522.100 bzw. 0,2 Prozent leicht gegenüber dem Vorjahr gesunken. Bei der Zahl der betrieblichen Plätze ist ein leichter Zuwachs von 0,1 Prozent zum Vorjahr zu verzeichnen, so dass sich der leichte Rückgang ausschließlich auf außerbetriebliche Plätze bezieht.
- Die Zahl der bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten offenen Stellen lag 2015 bei rd. 41.000 und ist damit weiter gestiegen (Vorjahr: 37.100). Ausbildungsbereite Betriebe bekommen zunehmend Probleme, ihre Ausbildungsplätze zu besetzen. Insbesondere kleine Betriebe ziehen sich in der Folge aus der Ausbildung zurück.
- Die Anzahl der unvermittelten Bewerberinnen und Bewerber belief sich mit 20.700 in etwa auf dem Vorjahresniveau. Hinzu kommen 60.100 Jugendliche, die zwar ein anderes Angebot angenommen bzw. Alternativen gefunden haben, aber ihren Vermittlungswunsch bei der Bundesagentur für Arbeit aufrechterhielten.
- Das Interesse an einer betrieblichen Berufsausbildung ist nach wie vor hoch. Das ist auch daran zu erkennen, dass sich deutlich mehr junge Menschen als die in der Geschäftsstatistik der Bundesagentur für Arbeit erfassten rund 549.000 Bewerberinnen und Bewerber grundsätzlich für eine solche Ausbildung interessieren. Insgesamt sind rund 800.000 junge Menschen im Berufsbildungsbericht als ausbildungsinteressiert ausgewiesen. Ein Teil dieser jungen Menschen entscheidet sich aber für alternative Bildungsgänge (zum Beispiel Studium, Fachschule etc.) oder ist unversorgt oder unbekannt verblieben. Insofern ist noch Potenzial vorhanden, mehr junge Menschen für die duale Berufsausbildung zu gewinnen. Es ist unser gemeinsames Ziel, jedem ausbildungsinteressierten Menschen einen Pfad aufzuzeigen, der ihn frühestmöglich zu einem Berufsabschluss führen kann.
- Der Trend zum Abitur und zum Hochschulstudium ist ungebrochen und wird zu einer wachsenden Herausforderung für die berufliche Bildung. Nach der Prognose des BIBB und des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) werden mittelfristig in Deutschland, insbesondere auf Ebene der Fachkräfte mit einem Berufsabschluss, Engpässe entstehen.
- Der auch demografisch bedingte Rückgang der Anfängerzahlen im Übergangsbereich ist seit 2011 abgeflacht. Im Jahr 2014 lag die Zahl bei insgesamt rd. 253.000 Jugendlichen, 2015 ist diese allerdings wieder gestiegen (rd. 271.000). Diese jungen Menschen haben es oftmals schwer, einen Berufsabschluss zu erreichen.
- Nach wie vor zu hoch ist die Quote der jungen Erwachsenen ohne abgeschlossene Berufsausbildung, auch wenn sie mit 13,3 Prozent (Stand 2014) leicht gegenüber den Vorjahren gesunken ist.
- Es gibt nach wie vor regionen- und branchenspezifisch erhebliche Unterschiede auf dem Ausbildungsstellenmarkt und dementsprechend unterschiedliche Versorgungs-, Passungs- und Besetzungsprobleme. Hier spielt auch die räumliche Mobilität in den Flächenländern und die Erreichbarkeit der Lernorte Betrieb und Berufsschule eine Rolle.
- Die fortschreitende Digitalisierung ist auch für die Bildung eine große Herausforderung. Berufsbildung hat seit jeher Veränderungen der Qualifikationsanforderungen aufgegriffen und

die Ausbildungs- und Fortbildungsberufe bedarfsgerecht modernisiert. Angesichts der hohen Dynamik bei der Digitalisierung bleibt die Berufsbildung besonders gefordert, rechtzeitig die richtigen Konsequenzen für die Ordnungsmittel zu ziehen. Zudem bleibt zentral, dass Weiterbildung insbesondere im Prozess der Arbeit das richtige Instrument ist, um die laufenden Veränderungen bei den Qualifikations- und Tätigkeitsanforderungen zu bewältigen.

- Die Ausbildungs- und Berufsintegration von geflüchteten jungen Menschen stellt alle Beteiligten vor neue Herausforderungen. Gleichzeitig bietet dies aber auch Chancen für die künftige Fachkräftesicherung.

In der im Dezember 2014 geschlossenen Allianz für Aus- und Weiterbildung bekennen sich Bund, Länder, Wirtschaft und Gewerkschaften zu einem qualitativ hochwertigen dualen Ausbildungssystem, das leistungsstarke Jugendliche, junge Menschen mit schlechten Startchancen, Jugendliche mit Migrationshintergrund sowie Menschen mit Behinderungen gleichermaßen in betriebliche Ausbildung integrieren will. Gemeinsames zentrales Ziel ist es, die duale Berufsausbildung und die berufliche Weiterbildung weiter zu stärken und damit sowohl eine weitere positive wirtschaftliche Entwicklung als auch den sozialen Zusammenhalt und die Beschäftigungsperspektiven der Menschen zu unterstützen. Jedem ausbildungsinteressierten Menschen soll im Sinne der vereinbarten Allianz für Aus- und Weiterbildung ein „Pfad“ aufgezeigt werden, der ihn frühestmöglich zu einem Berufsabschluss führen kann.

Die in der Allianz beteiligten Partner ziehen derzeit eine erste Zwischenbilanz der erreichten Ziele und Maßnahmen.

Insbesondere sei auf folgende Punkte hingewiesen:

- Am 18. September 2015 wurde eine „Gemeinsame Erklärung“ mit konkreten Maßnahmen zur Unterstützung von geflüchteten Menschen mit dem Schwerpunkt der Berufsvorbereitung und Ausbildung unterzeichnet. Die „Assistierte Ausbildung“ konnte als neues gesetzliches Förderinstrument für leistungsschwächere junge Menschen im Sommer 2015 gestartet werden. Im ersten Jahr wurden über 5.000 Personen erreicht. Die Allianzpartner gehen davon aus, dass im laufenden Jahr eine Steigerung der Förderzahl realistisch ist und das Instrument damit noch stärker greift.
- Gleichzeitig wurde die Unterstützung durch ausbildungsbegleitende Hilfen (abH) weiter ausgebaut. Das Förderinstrument wurde auf alle jungen Menschen, die dies für einen erfolgreichen Abschluss ihrer Ausbildung benötigen, ausgeweitet. Die Förderzahl wurde dadurch um 14 Prozent gegenüber dem Jahr davor gesteigert.
- Es wurde ein gemeinsames Konzept (4-Wellen-Modell) zur Nachvermittlung entwickelt und verabredet. Die Wirtschaft macht jedem vermittlungsbereiten Jugendlichen, der zum 30. September noch keinen Ausbildungsplatz hat, drei Angebote für eine betriebliche Ausbildung.
- Eine gemeinsame Internetseite mit nützlichen Servicehinweisen der Allianz für Aus- und Weiterbildung wurde gestartet.

Dies sind nur einige wichtige neue Initiativen und Maßnahmen. Es gilt nun, den begonnenen gemeinsamen Weg der Umsetzung der Allianz für Aus- und Weiterbildung fortzusetzen und offene Ausbildungsangebote mit suchenden Bewerberinnen und Bewerbern noch besser zusammenzuführen sowie auch ein Mehr an betrieblichen Ausbildungsplätzen zu erreichen.

Der Hauptausschuss begrüßt diese Allianzaktivitäten und plädiert dafür, angesichts der regionalen Unterschiede bezüglich der Ausbildungsmarktlage und der bereits entwickelten Lösungsstrategien

bei der Umsetzung der Maßnahmen der Allianz auch weiterhin darauf zu achten, dass neue Ansätze regional angepasst werden können. Für ein sinnvolles Zusammenwirken unterschiedlicher Maßnahmen ist eine frühzeitige Einbindung aller Partner bereits bei der Konzepterstellung wichtig. Nur so ist ein effizienter Mitteleinsatz zu gewährleisten und gleichzeitig sicherzustellen, dass gegebenenfalls bundesweite Maßnahmen passgenau durch weitere Maßnahmen ergänzt werden können.

Gerade im Bereich von Förderprogrammen und berufsvorbereitenden Maßnahmen gilt es, Bundes- und vielfältige Länderprogramme sinnvoll miteinander zu verzahnen und einen „Förderdschungel“ zu vermeiden. Hier bedarf es frühzeitiger Abstimmungen zwischen Bund und Ländern.

Für die Deckung des zukünftigen Fachkräftebedarfs ist es zudem weiterhin notwendig, Fortbildungswege bedarfsorientiert weiterzuentwickeln, um Fach- und Führungskarrieren zu stärken sowie vor allem die Zahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer in der beruflichen Fortbildung zu erhöhen. Dies sind wesentliche Beiträge für ein attraktives Aus- und Weiterbildungssystem.